



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 482 Postulat Nussbaum Adrian und Mit. namens Fraktionen CVP, FDP, SVP, SP, G/JG und GLP über Anpassungen bei der Härtefallregelung für von Corona besonders betroffene Unternehmen / Finanzdepartement

Das Postulat P 482 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 112 zu 0 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Für die CVP-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: «Die CVP will einen Beitrag dazu leisten, dass wir alle gesund aus der Corona-Krise herauskommen, auch finanziell und auch der Kanton Luzern. Gemeinsam schaffen wir das.» Das waren meine letzten Worte der Fraktionserklärung an der Corona-Sondersession im letzten Juni. Die damals geäußerte Überzeugung gilt für die CVP noch immer. Wir haben in diesem Rat am 1. Dezember 2021 ein Härtefalldekret genehmigt. Seit dann ist einiges passiert. Wir stecken inmitten eines zweiten Lockdowns. Dieser Lockdown war auch der Grund, weshalb die CVP und viele andere Fraktionen Anfang Januar 2021 dringliche Vorstösse eingereicht haben, welche eine Fixkostenentschädigung für besonders betroffene Unternehmen gefordert haben. Dann ist seit der letzten Session noch etwas Zweites passiert, das einen grossen Teil der Forderung obsolet macht: Der Bund ist der Forderung nach Fixkostenentschädigungen bereits Mitte Januar nachgekommen, zumindest für die behördlich geschlossenen Betriebe. Die Definition respektive Abgrenzung von «behördlich geschlossen» ist für ein vereinfachtes System dienlich, welches die Basis bildet für schnelle und unbürokratische Unterstützung. Für viele Betriebe, welche nur faktisch geschlossen waren, und das seit Monaten, war es verständlicherweise keine frohe Botschaft. Einige meiner Nachredner werden möglicherweise behaupten, sie hätten schon in der letzten Session diese Lösung gefordert. Das ist eine Diskussion um den «Wetti und Hätti». Niemand in diesem Saal hat im Dezember gewusst, dass es einen zweiten Lockdown geben wird, und niemand hier hat im Dezember gewusst, dass der Bundesrat Mitte Januar die Härtefallregelung anpassen würde. Diese Anpassung war die Basis für die Interpretation der Regierung, dass dies für diesen Bereich eine «gebundene Ausgabe» bildet. Die Behauptung, die Lottozahlen zu kennen, ist am Sonntag nach der Ziehung auch einfacher als am Samstag vor der Ziehung. Einige meiner Nachredner werden möglicherweise den Inhalt des vorliegenden Postulats als «kleinsten gemeinsamen Nenner» abtun. Für die CVP ist das Postulat mehr als nur das. Es ist einerseits ein klarer Auftrag an die Regierung mit fünf Punkten. Wir wollen eine Flexibilisierung des fixen Verhältnisses zwischen Krediten und A-fonds-perdu-Beiträgen. So machen wir den Weg frei, damit auch Unternehmen, welche nur faktisch, aber nicht behördlich geschlossen waren, zu Fixkostenentschädigungen kommen. Wir wollen in der März-Session ein zweites Dekret, mit welchem wir als Parlament

den notwendigen Kredit für die Flexibilisierung sprechen können. Bei der Lösungsfindung soll die Regierung die tatsächlichen, aber vor allem auch die rechtlichen Entwicklungen des Bundes berücksichtigen. Bei der Lösungsfindung soll die Regierung zudem auch Sozialpartner und Wirtschaftsverbände einbeziehen und auch die betroffenen Branchenverbände anhören. Bei diesem Austausch soll auch überprüft werden, ob und für welche Branchen die Eintrittsschwelle der heutigen 40-Prozent-Grenze der Umsatzeinbusse flexibilisiert werden sollte. Die CVP will eine Härtefallregelung, welche fair und ausgewogen ist. Wir wollen eine Härtefallregelung, welche Zeltbauern und Schaustellern genauso eine Fixkostenentschädigung ermöglicht wie Restaurants und Detaillisten. Wir wollen aber auch, dass diese Subventionen faktenbasiert und mit Augenmass erfolgen. Das Geld, von dem wir hier sprechen, und auch das des Bundes wächst nicht auf Bäumen, es handelt sich um Steuergelder, welche wir in Zukunft wieder refinanzieren müssen. Das vorliegende Postulat ist aber meines Erachtens mehr als nur ein Auftrag an die Regierung, es ist ein klares, deutliches und, wie ich finde, äusserst positives Zeichen an die Luzerner Unternehmerinnen und Unternehmer. Es ist ein Zeichen, dass die Politik zusammensteht und den besonders betroffenen Firmen in unserem Kanton helfen will. Es ist ein Zeichen, dass uns allen die Luzerner KMU wichtig sind. Ich danke meinen Fraktionschef-Kollegen und Fraktionschefin-Kolleginnen für den Austausch und die gemeinsame Erarbeitung des Postulats. Nun gilt es dieses gemeinsame Handeln weiterzutragen. Es braucht auch für die nächsten Schritte ein gemeinsames Handeln der Parteien, der Regierung und des Parlaments und nicht zuletzt der Unternehmen und der Verwaltung. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Erheblicherklärung dieses Postulats eine Basis schaffen, damit in Zukunft in der Zeitung mehr gelesen werden kann, dass Firma A oder Firma B geholfen werden konnte, anstatt die Kritik, dass Firma Y mehr oder weniger Geld erhält als Firma Z. Ich wiederhole mich: Ich bin überzeugt, gemeinsam schaffen wir das. Das Postulat ist ein erster Beweis dafür.

Für die SVP-Fraktion spricht Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die SVP hat sich für die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme, die sich aus der zweiten Welle der Corona-Krise ergeben, folgende Strategie gegeben. Erstens: Geschäfte und Betriebe sollen so lange wie dies epidemiologisch vertretbar ist, geöffnet bleiben. Bevor Schliessungen verfügt werden, sind Anpassungen bei den Schutzkonzepten zu prüfen. Zweitens: Besonders betroffene Firmen und Branchen sollen unterstützt werden. Die Unterstützung soll schnell, fair und unbürokratisch sein. Drittens: Der Lead für die wirtschaftlichen Stützmassnahmen liegt beim Bund. Der Kanton agiert nur subsidiär, wenn immer möglich in Zusammenarbeit mit dem Bund. Eigene Lösungen kommen nur dort infrage, wo eklatante Lücken entstehen. Viertens: Der Kanton konzentriert sich auf ein Instrument. Es darf keine Verzettelungen geben, die das System nur kompliziert und teuer machen. Fünftens: Es darf keine Giesskannenelemente geben. Die Unterstützung muss zielgerichtet sein und kann niemals alle Betriebe und Kosten decken. Eine Vollkasko mentalität lehnen wir ab. Sechstens: Die Eintrittsschwelle für Gesuchsteller muss tiefer sein, als dies im ersten Paket konzipiert wurde. Bei so hohen Eintrittsschwellen erzielen wird nicht die gewünschte volkswirtschaftliche Wirkung. Siebtens: Die Lösung muss in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft konzipiert werden. Wenn wir die Entwicklungen der letzten Monate anschauen, stellen wir fest, dass die Regierung den Pfad der Tugend nur kurzzeitig verlassen hatte und wir mittlerweile wieder voll in der Spur sind. Wir haben ein Instrument, welches in verschiedenen Teilen nachjustiert werden muss. Wir haben heute für die staatlich geschlossenen Betriebe eine Lösung, die sich wirklich sehen lassen darf. Wir haben noch weitere kritische Branchen, bei denen wir nachbessern müssen. Dies machen wir heute mit dem gemeinsamen Postulat. Gleichzeitig darf sich niemand so wichtig nehmen, dass er oder sie diese Entwicklungen der letzten Wochen auf seine oder ihre Fahne schreiben darf. Die Lösung, die wir heute haben, ist nicht das Ergebnis irgendeiner Partei oder irgendeiner Person in diesem Saal. Diese Lösung war nur deshalb möglich, weil sich der Bund bewegt hat. Der Bund hat reagiert, so wie es seine Aufgabe ist, denn der Bund hat in der Bewältigung der Corona-Krise den Lead. Wenn in den letzten Monaten deshalb in

diesem Kanton teilweise emotional gestritten und gefordert wurde, war das im Sinn der Lösungsfindung wenig hilfreich. Es war ganz sicher kein Powerplay. Ganz im Gegenteil: Wir können froh sein, dass wir den Forderungen der linken Seite nicht entsprochen haben, die mit eigenen Konzepten rasche Hilfe versprach; eigene Konzepte, denen einerseits der strategische Überbau und die Verbindung zum Bund fehlten und die insbesondere sehr teuer gewesen wären. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass der Kanton Luzern nicht die wirtschaftliche Kraft hat, um die Wirtschaft mit Kantonsgeldern flächendeckend zu stützen. Wir sind froh, dass die Mehrheit in diesem Rat dies erkannt hat. Die Rechnung für die Corona-Krise wird uns auch so eines Tages vorgelegt werden, und wir müssen sicherstellen, dass wir uns dann nicht ungläubig die Augen reiben. Wir wollen auch in Zukunft als Kanton finanzpolitisch handlungsfähig bleiben. Wir wollen nicht eine Situation, in der wir nächstes Jahr nur noch entscheiden können, ob wir unsere Grossprojekte im Bereich Verwaltung, Polizei und Infrastruktur nach hinten schieben oder gleich beerdigen müssen. Seien wir deshalb froh, dass wir in der Mehrheit mit unserer Regierung gemeinsam die Ruhe bewahrt haben und uns nicht zu unvernünftigen, weil unbezahlbaren Kurzschlusshandlungen haben hinreissen lassen. Aber die Fraktionserklärungen sind heute nicht da, um die Differenzen herauszustreichen. Ein gemeinsamer Vorstoss aller Fraktionen darf ruhig feierlich begangen werden und für einmal insbesondere das Gemeinsame herausstreichen. Gemeinsam geben wir die Richtung vor, wie die Justierungen an der Härtefallregelung vorzunehmen sind und in welche Richtung wir gehen wollen. Dabei macht das Parlament klare Aussagen über die Richtung, gibt aber der Regierung gleichzeitig den nötigen Spielraum. Nun kann man sagen, es sei nur der kleinste gemeinsame Nenner; das mag stimmen. Aber es geht uns auch um den symbolischen Wert in einer schwierigen Zeit. Denn die Aussage dieses gemeinsamen Vorstosses aller Fraktionen heute ist klar: Wir, die Fraktionen des Kantonsrates, übernehmen in der Krise gemeinsam die Verantwortung. Wir, die Fraktionen dieses Rates, stellen in dieser Krise die Sachpolitik über die Parteipolitik. Und wir, die Fraktionen dieses Rates, tragen Sorge zur Bevölkerung, zur Wirtschaft und damit zu einem lebenswerten Kanton Luzern. In diesem Sinn bitte ich Sie, das gemeinsame Postulat aller Fraktionen erheblich zu erklären.

Für die FDP-Fraktion spricht Georg Dubach.

Georg Dubach: Wir alle sind auf die eine oder andere Weise von den schrecklichen Folgen von Covid-19 betroffen. Mehr denn je sterben Menschen an diesem Virus und Familien werden erschüttert. Es zerstört aber auch Lebensträume sowie Errungenschaften und lässt uns oft machtlos zurück. Um diese schwierige Situation möglichst rasch zu verbessern, braucht es eine klare Strategie und möglichst effiziente Massnahmen. Zudem braucht es eine enge Zusammenarbeit von allen Akteuren. Das gemeinsame Postulat P 482 ist durch eine enge überparteiliche Zusammenarbeit entstanden. Persönlich betrachte ich das gemeinsame Postulat eigentlich als Errungenschaft. Nachdem ich aber am Samstag in der «Luzerner Zeitung» die masslose Überheblichkeit von Marcel Budmiger in seiner «Sessionsvorschau» gelesen habe, muss ich diese Errungenschaft schon fast wieder relativieren. Wir alle hier in der Stadthalle Sursee wollen das Beste für alle. Wir alle sind besorgt, dass wir alle möglichst gut aus dieser Krise herauskommen. Wir alle sind uns wohl auch darin einig, dass wir mit den heutigen Mitteln und Prozessen in der direkten Demokratie die Auswirkungen der Pandemie nicht zeitgerecht auffangen können. Die FDP hat wiederholt betont, dass die aktuellen Führungsstrukturen und Ausgabenkompetenzen für die Betroffenen keine zeitgerechten Lösungen ermöglichen und nicht allen gerecht werden können. Mit diesem Wissen ist auch das vorliegende Postulat entstanden. Wir alle sind der Überzeugung, dass die Vorbereitung eines zweiten Dekrets notwendig ist und die Bedingungen für die Härtefallregelung angepasst werden müssen, insbesondere für besonders betroffene Unternehmen, welche noch zu wenig unterstützt werden. Sicherlich dürfen wir alle auch anerkennen, dass unsere Luzerner Regierung trotz hohem zeitlichem und emotionalem Druck zusammen mit dem Krisenstab und der Verwaltung gute Arbeit leistet. Jérôme Martinu, Chefredaktor der «Luzerner Zeitung», hat in einer seiner Kolumnen Folgendes festgestellt: «Wir vergessen beim Geldausgeben, dass dies nur dank einem zuvor

haushälterischen Umgang möglich ist. Diejenigen Politiker, die nun am lautesten nach Staatshilfe verlangen, sind oft dieselben, die in guten Zeiten das Geld mit vollen Händen ausgeben wollen.» Ich erwarte, dass wir alle auch dann am gleichen Karren ziehen, wenn es nach der Krise darum geht, die Aufgaben- und Finanzpläne (AFP) zu schnüren und dann auch die aufgelaufenen Schulden wieder abzutragen.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: Wir befinden uns in einer ausserordentlichen Lage. Nicht nur tagen wir zum ersten Mal in der Geschichte des Kantonsrates in Sursee, sondern wir haben auch quasi eine inoffizielle zweite Corona-Session mit sage und schreibe 23 diskussionslos für dringlich erklärten Corona-Vorstössen. Wir behandeln auch zum ersten Mal, soweit ich mich erinnern kann, einen Vorstoss im Namen aller Fraktionen. Endlich scheint möglich, was die SP schon seit Monaten fordert: eine unkomplizierte finanzielle Unterstützung für die von der Corona-Krise besonders betroffenen Unternehmen. Man kann jetzt sagen, besser spät als nie. Man kann jetzt sagen, die steigenden Fallzahlen im Winter seien überraschend gekommen oder dass der zweite Lockdown nicht vorhersehbar gewesen sei. Man könnte aber auch sagen: Hätten wir doch schon früher zusammengearbeitet. Seit dem Frühling fordert die SP national, kantonale und auf Gemeindeebene Unterstützung für die von der Pandemie besonders betroffenen Unternehmen. Nicht nötig, zu teuer, Strukturwandel gehöre zur Wirtschaft und man müsse sparsam mit Steuergeldern umgehen, waren die Antworten. So ist es der Bund gewesen, der die Luzerner Wirtschaft massgeblich stützte mit den Covid-Krediten, der Ausdehnung von Kurzarbeit, Ausfallsentschädigungen für Kulturbetriebe und später auch mit der Härtefallhilfe. Subsidiarität in Ehren, aber der Bund hat der weitgehend untätigen Regierung wirtschaftlich gesehen mehr als einmal die Haut gerettet. Stellen Sie sich einmal vor, der Bund hätte die behördlich geschlossenen Betriebe nicht automatisch als Härtefälle deklariert und einfach seine Beiträge an kantonale Hilfen aufgestockt. Dann wäre der Kniff mit den gebundenen Beiträgen nicht möglich gewesen. Restaurants, der Detailhandel und Freizeitbetriebe hätten dann bis mindestens im Sommer warten müssen, bis wir Hilfe in ähnlichem Ausmass hätten auszahlen können. Statt einer Konkurswelle hätte es wohl einen Tsunami gegeben. Bund sei Dank ist es anders gekommen. Der Kanton hätte die Gelegenheit gehabt, sich aus eigenem Antrieb für den Corona-Winter zu wappnen. Im November haben wir ein Dekret für von der Pandemie besonders betroffene Unternehmen beraten. Dann hätten wir die Gelegenheit gehabt, dass auch der Kanton Luzern Corona kann oder zumindest eine gute Härtefallregelung bekommen hätte. 23 dringliche Vorstösse und die Tatsache, dass wir die Härtefallregelung schon wieder anpassen müssen, bevor sie überhaupt in Kraft getreten ist und nachdem die Regierung sie bereits anpassen musste, beweisen das Gegenteil. Mehrfach ist in der Session gesagt worden, dass niemand wisse, wie viel A-fonds-perdu-Beiträge die Luzerner KMU brauchen. Sie haben aber dann doch gewusst, dass es nicht mehr als 3 Millionen Franken sein werden. Die Regierung hat sich dann für eine starre 1:9-Regel entschieden. Wir wollten mehr Flexibilität. Wir haben uns einiges anhören müssen. Unglaublich seien wir, populistisch. Unsere Anträge seien reine Augenwischerei und gehörten in den «Güselkübel», hat es geheissen. Es spricht für sich, dass wir jetzt über ein gemeinsames Postulat mit so ziemlich den gleichen Forderungen diskutieren. Knapp ein Jahr dauert die Krise jetzt schon, und jetzt schaffen wir es mit einem gemeinsamen Postulat, richtig zusammenzuarbeiten. So falsch lagen wir wohl doch nicht. Knapp ein Jahr dauert die Krise schon, und wir schaffen es mit einem gemeinsamen Postulat endlich, die wirtschaftlichen Folgen abzufedern. Endlich können wir zusammen die grössten Mängel der Härtefallregelung beheben. Mit dem gemeinsamen Postulat nimmt das Parlament die Zügel in die Hand. Das hätten wir schon früher machen sollen und zum Beispiel Michael Ledergerbers Postulat überweisen sollen. Dann hätten wir jetzt schon ein zweites Dekret beschliessen können, hätten per sofort die 1:9-Regel abschaffen und genug Mittel sprechen können, damit wir mehr als nur 3 Millionen Franken à fonds perdu ausgeben könnten. Das ist keine Überheblichkeit, sondern bloss der Rückblick auf ein von uns eingereichtes Postulat. Auch wenn dieses Geld jetzt frühestens Mitte März zur Verfügung steht, so erwarten wir,

dass das Expertengremium die Regelungen dieses Postulats ab sofort anwendet und mit den weiteren Mitteln gerechnet wird. Es kann nicht sein, dass die bereits eingereichten Härtefallgesuche strenger behandelt werden als diejenigen, die erst im April eingereicht werden. Überhaupt ist noch vieles unklar, und wir haben noch Arbeit vor uns. Die geschlossenen Betriebe wissen zwar, dass sie branchenspezifische A-fonds-perdu-Beiträge erhalten werden, wie viel weiss aber noch niemand. Wichtiger als die schnelle Auszahlung ist die Planungssicherheit. Diese können wir schaffen, indem die Regierung nach der Erheblicherklärung dieses Postulats die Verordnung anpasst. Auch bei den ordentlichen Härtefällen weiss man nicht genau, was alles zu den Fixkosten angerechnet wird und ob es hier branchenspezifische Lösungen gibt. Leider steht dazu nichts in der Antwort zu unserem Postulat. Hier hätten wir gerne Genaueres erfahren. Es gibt also noch viel zu tun. Es ist aber auch schon viel gemacht worden. Die Verwaltung hat wirklich einen Sondereffort geleistet und sehr schnell auf die Entwicklungen des Bundes reagiert. Dafür hätte eigentlich auch sie einen Applaus verdient. Statt Klatschen hört die Verwaltung von den betroffenen Betrieben aber eher Kritik, was ein wenig unfair ist. Nicht die Verwaltung, sondern die Politik ist verantwortlich, dass wir zu spät dran sind. Geben wir der Verwaltung jetzt also die richtigen Aufträge, damit die Kritik abnimmt. Ein erster grosser gemeinsamer Schritt ist die Erheblicherklärung unseres gemeinsamen Postulats. Den Feinschliff können wir dann mit den verbleibenden Vorstössen machen. Packen wir es an, unsere KMU brauchen eine flexible Härtefallregelung, mehr nicht rückzahlbare Mittel und möglichst rasch Planungssicherheit. Entscheiden wir darum heute schon, was die Regierung im zweiten Dekret vorlegen soll. Vieles kann sie auch per Verordnung regeln, wenn wir ihr den politischen Auftrag geben. Im Idealfall können wir dann das zweite Dekret einfach durchwinken und zusammen andere Herausforderungen angehen, wie zum Beispiel bessere Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal zu schaffen oder die coronabedingte Armut zu bekämpfen. Die SP freut sich auf weitere konstruktive Diskussionen.

Für die G/JG-Fraktion spricht Korintha Bärtsch.

Korintha Bärtsch: «Ein Jahr zum Vergessen», das hat man um den Jahreswechsel häufig gehört. Tatsächlich war das Jahr 2020 mit der Corona-Krise ein schwieriges Jahr und für meine Generation und wohl die meisten anderen Generationen auch die einzige Krise, die sie je erlebt haben. Haben wir im Sommer geglaubt und gehofft, das Größte überstanden zu haben, hat uns im Herbst die Realität schneller eingeholt, als es uns lieb gewesen ist. Wir sind in die zweite Welle hineingerutscht. Mit dem Erlebten im Frühling, dem Lockdown und den folgenden halbherzigen Unterstützungen, bei denen viele durch die Maschen gefallen sind, haben die Grünen und Jungen Grünen bei der Budgetdebatte im Oktober 35 Millionen Franken Unterstützung für besonders hart getroffene Unternehmen in der Gastro-, Hotel- und Eventbranche gefordert. Nicht einmal ein müdes Lächeln hat man für uns übrig gehabt, eher ein genervtes «Schon wieder diese Grünen, die immer nach dem Staat rufen und meinen, die Zukunft voraussehen zu können». Es ist etwas, das die Grünen und Jungen Grünen in ihrer politischen Arbeit gut kennen. Wir machen zukunftsgerichtete, vorausschauende Politik. Auch wenn es nicht immer lustig ist, gegen den Strom zu schwimmen, bleiben wir dran. Früher oder später gibt es Mehrheiten für unsere Anliegen, meist in kleinen Schritten. Es sind kleine, bescheidene Erfolge, die uns aber motivieren. So sind wir heute einen kleinen Schritt weiter beim Klimaschutz und aktuell auch bei den Härtefallentschädigungen. Die Grünen und Jungen Grünen machen Politik für eine nachhaltige Entwicklung für Mensch und Natur. Darum ist es für uns auch klar, dass wir Menschenleben vor Corona schützen wollen, dass es dafür die Solidarität aller braucht und dass alle die notwendigen Einschränkungen mittragen müssen. Nachdem das Bewusstsein für die Not der betroffenen Branchen und Unternehmen nach weiteren Einschränkungen in den ersten Jahreswochen im 2021 gewachsen ist, ist am 13. Januar die Mehrheit für eine Unterstützung sehr plötzlich zustande gekommen. Der Bundesrat hat endlich die notwendige Hilfe in Aussicht gestellt, und auch der Regierungsrat hat kommuniziert, dass er mit 40 Millionen Franken zusätzlich direkt unterstützen will. Auch die bürgerlichen Regierungsparteien haben endlich signalisiert, dass sie mitmachen. Die Grünen und

Jungen Grünen freuen sich, dass wir es als Parlament geschafft haben, einen gemeinsamen Nenner bei unseren Forderungen zu finden und diesen in einem von allen Fraktionen unterzeichneten Postulat zu formulieren. Das ist ein gutes Zeichen in einer Krise. Die Erheblicherklärung und insbesondere die Aussicht auf ein zweites Paket des Härtefallfonds stimmen uns zuversichtlich. Trotzdem möchte ich zu den einzelnen Punkten des Postulats noch etwas sagen. Zum ersten Anliegen, der Flexibilisierung der A-fonds-perdu-Beiträge: Bereits in der November-Session haben wir mit der SP zusammen gefordert, dass die 3 Millionen Franken A-fonds-perdu-Beiträge nicht sakrosankt sind, sondern erhöht werden können und sollen. Dies fordern wir weiterhin. Wenn Betriebe geschlossen oder in ihrer Wirtschaftsfreiheit eingeschränkt werden, braucht es dafür Entschädigungen und nicht nur Kredite. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme zum zweiten Punkt, dass er die Schwelle von 40 Prozent des Umsatzrückgangs zwar überprüfen, aber sicher die Bundesvorgaben nicht unterschreiten will. Das ist doch ziemlich widersprüchlich. Für die Grünen und Jungen Grünen ist die 40-Prozent-Grenze weiterhin viel zu starr und zu hoch angesetzt. Die Grenze verunmöglicht vielen betroffenen Unternehmen den Zugang zum Härtefallfonds. Wir fordern eine Untergrenze von 20 Prozent des Umsatzrückgangs, so wie das der Kanton Aargau handhabt. Der Miteinbezug von Branchenverbänden, Sozialpartnern und Wirtschaftsverbänden erachten wir als sehr wichtig. Nur mit gegenseitigem Austausch ist das Verständnis für die jeweilige Situation vorhanden, und es kann adäquat reagiert und die richtigen Massnahmen können getroffen werden. Nebst dem gehört auch dazu: Gouverner, c'est prévoir, Regieren heisst vorausschauen, so übersetzt auf Deutsch, und auf Englisch ganz einfach Leadership. Das ist das, was die Grünen und Jungen Grünen von der Regierung erwarten. Aber auch eine aktive rollende Planung, die antizipiert, aktualisiert und konkretisiert, wenn es angezeigt ist. Selbstverständlich wird die G/JG-Fraktion das aufmerksam mitverfolgen und wo notwendig Anpassungen fordern. Zu weiteren Details des Härtefallfonds und der Unterstützungsgelder werden sich meine Fraktionskolleginnen und -kollegen in den Debatten zu den einzelnen Vorstössen äussern. Die Corona-Krise hat uns einen ungewohnten Alltag beschert und die Digitalisierung vorangetrieben, wie es nie vorstellbar gewesen war. Die Krise zeigt – nebst allem Negativen und Mühsamen –, wie adaptiv die Gesellschaft im positiven Sinn sein kann, wie die Menschen kreativ und mit guten Ideen Neues wagen. Es steht in den Sternen, wie es nach der Krise weitergeht, ob sich die Gesellschaft doppelt austoben und die Welt sehen will, oder ob das Nahe, das Lokale, das gezwungenermassen wieder stärker in den Fokus gerückt ist, auch längerfristig wieder mehr geschätzt wird. «Das Gute liegt so nah» – ich glaube nicht, dass das unser nächster Wahlkampflogan sein wird, aber er wird sicher Teil unserer Politik sein. Wir werden uns auch weiterhin für viel Lebensqualität in der nächsten Umgebung einsetzen. Für die Grünen und Jungen Grünen führt kein Weg daran vorbei, die gebotenen Chancen für einen Neustart zu nutzen und subito mit dem Umbau hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und Gesellschaft zu beginnen.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser Barmettler.

Claudia Huser Barmettler: Vor einem Jahr hätten wir uns nie vorstellen können, wie sich Luzern, die Schweiz und die Welt ein Jahr später präsentieren würden. Vielen in diesem Saal, oder zumindest ich, waren in den Vorbereitungen auf die Fasnacht, und gerade wir Stadtluzernerinnen und Stadtluzerner waren doch noch überrascht über die plötzliche Ruhe in der Stadt Luzern durch die ausbleibenden Gäste aus Asien. Das hat Fragezeichen ausgelöst. Und jetzt, ein Jahr später, hat es uns stärker getroffen, als wir es uns je hätten vorstellen können. Unser kulturelles und soziales Leben ist stillgelegt. Luzern als Tourismuskanton hat es besonders schwer getroffen; die Zahlen gehen zwar aktuell zurück, aber das Damoklesschwert des mutierten Virus, das nun auch in Luzern nachgewiesen wurde, und das Damoklesschwert des Zusammenbruchs unseres Gesundheitswesens lasten beide schwer auf uns. Bisher gesunde und innovative Unternehmen müssen um ihre Existenz bangen. Investitionen sind ausgebremst. Die GLP war schon immer und ist auch heute der Überzeugung, dass wir aus dieser Krise auch Positives mitnehmen können. Die erzwungene Rückbesinnung auf das Wesentliche, der Quantensprung in der Digitalisierung,

aber auch das von vielen erneute Entdecken des lokalen, kleinräumigen Einkaufens und Freizeitangebots, das wird uns hoffentlich bleiben. Im Moment ist es schwer, das zu sehen, denn im Moment sind wir in einer sehr grossen Krise. Seien wir ehrlich: Wir sind auf eine so lange Krise nicht vorbereitet gewesen. Unser Krisenstab ist normalerweise ausgerichtet auf eine Krise von Tagen oder einigen Wochen. Die Frauen und Männer im Krisenstab arbeiten jetzt aber schon seit bald einem Jahr ununterbrochen mit sich ständig ändernden Ausgangslagen und Daten, ein Mammutjob. Sie arbeiten im Hintergrund, aber das heisst nicht, dass wir nicht sehen, was sie tun. Dafür möchten wir ihnen danken. Was machen wir für unseren Kanton? Die Härtefallpakete sind vom Bund gekommen, wir als Kanton haben uns dem angeschlossen. Doch die Situation und damit die Dringlichkeit der Hilfe wird von Woche zu Woche eher grösser als kleiner. Die GLP stützt die bisherige Strategie, dass wir als Kanton subsidiär zum Bund und wenn immer möglich nach den gleichen Richtlinien wie der Bund agieren. Die GLP zieht das Zwischenfazit: Es hat sich gezeigt, dass das fixe Verhältnis von Krediten und Beiträgen von 9:1 über alle Branchen und alle Unternehmen keinen Sinn macht. Es braucht mehr Unterscheidung nach den effektiven Situationen der betroffenen Branchen. Der Bund hat für die behördlich geschlossenen Unternehmen eine grosszügige Lösung angeboten. Jetzt müssen auch die vergleichbar betroffenen Unternehmen eine vergleichbare Unterstützung bekommen. Die Regierung hat mit der Anpassung der Covid-19-Verordnung einen Weg gefunden, schnell und einfach Hilfe für die behördlich geschlossenen Unternehmen zu ermöglichen. Das ist gut. Der Kanton Luzern zeigt damit, dass ein pragmatisches Vorgehen möglich ist. Das schnelle und unbürokratische Entscheiden der Exekutiven darf aber nicht ohne unsere Legitimation zur Gewohnheit werden. Transparenz über die gefundenen Modalitäten ist wichtig. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er den Kantonsrat zeitnah und regelmässig auch über die Kommissionen informiert. Auch für die Bevölkerung müssen Entscheide nachvollziehbar sein, das gehört auch zu einer transparenten Kommunikation. Sonst gibt es nur Spekulationen, und das gibt böses Blut, das wir aktuell wirklich nicht brauchen können. Jetzt ist es heute wieder an uns Volksvertreterinnen und -vertretern, den weiteren Fahrplan vorzugeben. Das tun wir mit dem überparteilichen Postulat. Auch wenn aktuell von den bereits gesprochenen 25 Millionen Franken noch nicht alles ausgeschöpft worden ist, ist es jetzt essenziell, längerfristig vorbereitet zu sein. Wir müssen agieren und nicht reagieren. Darum braucht es bis zur März-Session das zweite Dekret, darum braucht es aber auch einen Vorschlag, wie die 40-Prozent-Regel abgeschwächt werden kann, sodass wir unsere KMU stützen können und sie als Fundament unseres Wohlstands diese Krise überstehen. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er auf die März-Session beim bereits gesprochenen Dekret den Anteil der A-fonds-perdu-Beiträge dem Notwendigen anpasst und so einen Antrag an den Kantonsrat stellt. Wir werden das Postulat P 482 erheblich erklären. In der weiteren Debatte zu den dringlichen Vorstössen müssen wir aber schon einiges betonen. Die Voten meiner Vorredner zusammengefasst: Die einen können die Lottozahlen nicht im Voraus wissen, die anderen zeigen zwar eigentlich die Diskrepanzen auf, sprechen aber am Schluss vom Gemeinsamen, und die Dritten wissen es offenbar am besten und hätten es eigentlich im November schon gewusst. Aktuell gilt es, dass wir Löcher stopfen, dass wir unbürokratisch helfen und dass wir zusammenstehen. Polemik und Parteiprofilierung sind jetzt wirklich fehl am Platz. Wir haben 23 Vorstösse, und viele dieser Vorstösse hätte man zurückziehen können. Viele Vorstösse hätten mit einem Telefonat an die Verwaltung oder mit einer Frage in der Kommission vermieden werden können. Die GLP ist enttäuscht darüber, wie sich jetzt hier jeder selber ins Zentrum setzt und die angeblich noch wichtigere Frage stellen will, es noch etwas besser weiss und jetzt im Nachhinein klarstellen muss, was die Regierung alles hätte anders machen können. Grundsätzlich geht es jetzt darum, nicht die Unterschiede zu betonen, sondern dass wir endlich ein gemeinsames Postulat haben. Mit diesem gemeinsamen Postulat ist der Auftrag erteilt. Die Zeit, die wir heute Morgen mit diesen Vorstössen verbringen, ist nicht das, was unser Kanton gerade braucht. Darum wird die GLP sich ganz klar auch nur noch ergänzend äussern zu Dingen, die wir mit dem Postulat P 482 nicht erreichen können. Bitte stellen Sie das Grosse und Ganze ins Zentrum,

und handeln Sie pragmatisch. Das sind wir unserer Bevölkerung und unseren KMU schuldig.
Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Bald ist es ein Jahr her seit Beginn der Krise. 316 Tage seit dem ersten Lockdown, um genau zu sein. Im März 2020 hat das 120 Nanometer kleine Virus den gesamten Globus erfasst. Es ist eine Krise, wie sie unsere Generation – ich spreche von meiner Generation – noch nie erlebt hat. Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und Kommunikation sind Eigenschaften, die in der Krise von grosser Bedeutung sind. Erstens Flexibilität: Die Pandemie führte und führt immer wieder zu neuen Regeln und Massnahmen. Zweitens Anpassungsfähigkeit: Die Pandemie gab und gibt den Takt vor. Drittens Kommunikation: Der Staat trägt die Verantwortung, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Das kann er nur, wenn er sie mit den richtigen und wichtigen Informationen versorgt. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit wurden von der öffentlichen Hand auf allen drei Staatsebenen verlangt, und zwar in sämtlichen Bereichen, sei es in der Gesundheitsversorgung, in der Bildung, in der Gesellschaft oder in der Wirtschaft. In den letzten 316 Tagen wurden wir alle stark gefordert. Es ist mir ein Anliegen, unsere Anstrengungen aus Sicht des Finanzdepartementes zu erläutern. Warum? Weil ich Ihnen zeigen will, wie gut wir sind? Nein. Weil ich Ihnen zeigen will, dass wir alles richtig machen? Nein. Ich will den Fokus wieder auf das Wesentliche richten. Ich habe den Eindruck, dass wir das Wesentliche etwas aus den Augen verloren haben. Und was ist das Wesentliche? An erster Stelle – das ist unbestritten – steht die Gesundheit der Bevölkerung. Der Staat setzt alles daran, seine Leute zu schützen. Das muss weiterhin unser Ziel sein. Unter Schutz verstehe ich als Finanzdirektor natürlich auch die Unterstützung der Wirtschaft. Schutz, weil wir Arbeitsplätze erhalten und Arbeitslosigkeit vermeiden wollen, denn Arbeitslosigkeit macht krank. Wir wollen gesunde Menschen, und wir wollen eine gesunde Wirtschaft. Wesentlich ist dabei – ich spreche von der Unterstützung von Unternehmen –, dass die Betriebe rasch und zielgerecht Hilfe erhalten. Das bedeutet Folgendes: Kurzarbeitsentschädigung: Dafür hat der Kanton bis dato 400 Millionen Franken ausbezahlt. Überbrückungshilfe in Zusammenarbeit mit der Albert Koechlin Stiftung: 1,1 Millionen Franken. Härtefallschiene Nummer 1: 25 Millionen Franken in Form von Krediten und A-fonds-perdu-Beiträgen. Härtefallschiene Nummer 2: 40 Millionen Franken für behördlich geschlossene Unternehmen, alles nicht rückzahlbare Beiträge. Touristische Transportunternehmen: Total 900 000/500 000 Franken vom Kanton Luzern. Kultur: 15 von 17 Millionen Franken wurden bereits ausbezahlt. 11 weitere Millionen kommen dazu. Kredite Luzerner Kantonalbank: Die LUKB hat 100 Millionen für Kredite an KMU bereitgestellt. Covid-Kredite Bund: Luzerner Firmen haben über 700 Millionen Franken Covid-Kredite bezogen. Wir haben für die Schifffahrtsgesellschaft eine Lösung mit den Zentralschweizer Kantonen erarbeitet. Wir arbeiten gemeinsam mit der Stadt an einer Lösung für das KKL. Ebenfalls gemeinsam mit der Stadt beobachten wir die Situation bei der Messe Luzern. Das wohl effizienteste Konjunkturpaket stellt das Impfprogramm dar, das gut angelaufen ist. Die genannten Programme wurden alle in den letzten 316 Tagen auf die Beine gestellt, immer mit dem gleichen Ziel vor Augen: Lösungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Gerade am letzten Freitag wurde das zweite Formular für behördlich geschlossene Unternehmen aktiviert. Das heisst die Zahl der Gesuche nimmt nun deutlich zu. Diese werden von einem Gremium auf ihre Richtigkeit geprüft. Mittlerweile beläuft sich die Anzahl der Gesuche für die Härtefallunterstützung in Kooperation mit dem Bund auf rund 240 (Stand 25. Januar 2021). Wir werden diese Woche für die behördlich geschlossenen Unternehmen die erste Auszahlung tätigen, und in der nächsten Woche erhalten Unternehmen von der ordentlichen Härtefallhilfe ebenfalls ihr Geld. Aus dem Formular zur ersten Tranche haben rund zwei Drittel der Gesuche Nachfragen, Bereinigungen oder sonstige Abklärungen erfordert. Viele wurden eingereicht, obwohl damals der Anspruch nicht gegeben war. Und bis dato liegt auch eine Handvoll Gesuche von Unternehmen vor, die im Jahr 2020 einen Umsatz von mehr als 100 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren erwirtschaftet haben und sich trotzdem als Härtefälle sehen. Alle diese Anträge sind für beide Seiten mit Aufwand verbunden. Umso wichtiger ist es, dass die Gesuche korrekt und vollständig eingereicht werden. Das

vereinfacht und beschleunigt die Bearbeitung, reduziert den Aufwand und ermöglicht uns, zeitgerecht Auszahlungen vorzunehmen. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit: Seit knapp einem Jahr beobachten wir laufend die Situation und versuchen im besten Fall zu antizipieren, Lösungen zu erarbeiten, diese zeitnah umzusetzen und Informationen gut zugänglich zu machen. Seit knapp einem Jahr arbeiten wir so flexibel, wie das im vorgegebenen Rahmen möglich ist. Das tun wir, weil wir gegenüber der Luzerner Bevölkerung eine Verantwortung tragen. Mit einem Virus, das sich ändert, ändert sich auch die Situation. Wir müssen anpassungsfähig bleiben, wenn wir die Krise gemeinsam meistern wollen. Doch scheint mir aktuell, wie bereits angetönt, der Fokus auf das Wesentliche etwas verloren gegangen zu sein. Wir sind ein Teil eines Ganzen, und die Verantwortung als dieses Ganze müssen wir wieder vermehrt ins Zentrum rücken. Ich behaupte nicht, dass die Regierung alles richtig macht. Wie denn auch? Wir haben auch noch nie eine Krise dieser Art bewältigen müssen. Das ist alles auch für uns neu. Ich weiss aber, dass wir stets unser Bestes geben. Es mag wie ein salopper Spruch tönen, aber er trifft zu, nicht nur in Krisenzeiten, aber in Krisenzeiten bekommt er eine kraftvollere Bedeutung: Wir müssen unsere Stärken stärken und unsere Schwächen schwächen. Eine Auflistung aller Stärken und Schwächen an dieser Stelle würde zu weit führen. Eine Stärke ist mir aber besonders wichtig, und auf diese sollten wir uns wieder besinnen: Das ist das Gemeinsame, das Ziehen an einem Strick. Stärken wir diese Stärke. Die Zahl der Vorstösse zu den Härtefällen zeigt Ihr grosses Engagement in diesem Rat. Ihre Partizipation schätze ich. Ich erlaube mir noch zwei konkrete Bemerkungen zu Vorstössen. Zum Postulat P 479: Da rennen Sie offene Türen ein. Geschäftsjahre beginnen generell nicht grundsätzlich am 1. Januar. Wir akzeptieren also auch unterjährige Abschlüsse. Zudem sind wir bereit, weitere Möglichkeiten im Anschluss zur Lösung mit der Albert Koechlin Stiftung zu prüfen, um auch zukünftig in begründeten Situationen eine Unterstützung für junge Unternehmen bewerkstelligen zu können, die eigentlich zu spät gegründet wurden. Da spreche ich das Postulat P 480 an. Ich bin überzeugt, wir werden heute für die Unterstützung der Luzerner Wirtschaft gemeinsam eine Lösung definieren, die der Situation angemessen ist. Es wird eine Luzerner Lösung sein, ohne Schnickschnack, aber adäquat, zielgerichtet und pragmatisch. Stärken wir unsere Stärken.

Der Rat erklärt das Postulat mit 109 zu 0 Stimmen erheblich.